

15.28

**Abgeordneter Karl Öllinger** (Grüne): Meine sehr geehrten Damen und Herren, was mein Vorredner geliefert hat, ist ein schönes Beispiel dafür, wie man **keine** Debatte führen kann und führen soll: Mein Nachbar hat gehört, dass die Freundin von dessen Onkel, und so weiter. – So fängt es an und so endet es auch in der Regel. *(Beifall bei Grünen, SPÖ und NEOS.)*

Ich könnte Ihnen jetzt, Herr Kollege, erklären, dass das mit dem Urlaub der Familie, wenn sie asylberechtigt und mindestsicherungsberechtigt ist, **so** gar nicht funktionieren kann. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Selbstverständlich muss der oder die sich auch dem Arbeitsmarkt zur Verfügung halten. *(Zwischenruf bei der FPÖ.)* Und an und für sich ist es, wenn man sich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen muss, gar nicht so leicht möglich, dass man Urlaub macht, und das wissen Sie auch.

Wir hätten das gerne einmal seriös diskutiert, dass selbstverständlich auch für arbeitslose Menschen und Bezieher und Bezieherinnen von Mindestsicherung so etwas wie ein Urlaub möglich sein sollte. *(Neuerlicher Zwischenruf bei der FPÖ.)* Aber darum geht es momentan gar nicht *(Zwischenruf bei der ÖVP)*, sondern um Ihr Beispiel, das Sie in eine Debatte einwerfen. Selbst dann, wenn dieses Einzelbeispiel stimmen sollte *(Zwischenruf des Abg. Rädler)*, was ich nicht glaube, erklärt es noch überhaupt nichts über das System, wie Mindestsicherung funktioniert *(Zwischenruf des Abg. Peter Wurm)* und wie sie funktionieren sollte. *(Beifall bei den Grünen.)*

Sie sollte nämlich so funktionieren, dass alle dem Prinzip nach über den gleichen Kamm geschoren werden. Ich finde das auch absolut richtig. Das Problem hat schon bei der Einführung der Mindestsicherung begonnen, was Kollege Rädler vielleicht nicht mehr so weiß. *(Zwischenruf des Abg. Rädler.)* Das weiß Kollege Rädler vielleicht nicht mehr – das ist ja auch schon ein paar Jahre her –, dass es bei der Einführung unterschiedliche Länderwünsche gegeben hat, die eigentlich von Anfang an weitgehend verhindert haben, dass aus der alten Sozialhilfe ein neues System wird, das gemeinsam für alle Bundesländer zu einer einheitlichen Leistung führt. Daraus ist leider nichts geworden. *(Zwischenruf bei den Grünen.)*

Das wissen wir, und das haben wir von Anfang an kritisiert. Wir hätten gern ein Bundessozialhilfegesetz gehabt, nicht so eine schwindlige 15a-Vereinbarung, die dann alle fünf Jahre sozusagen wieder neu aufgemacht werden kann. *(Zwischenruf des Abg. Locker.)* Das ist ein Riesenproblem.

Wir hätten gerne gehabt, dass die Bundesländer den Text ihrer eigenen Mindestsicherungsgesetze beziehungsweise der Vereinbarung mit dem Bund **ernst nehmen** und dann nicht eine niederösterreichische Landesregierung hergehen und sagen kann: Schwerbehinderten Menschen brauchen wir die erhöhte Familienbeihilfe nicht zu geben, die erhalten ohnehin die Mindestsicherung.

Natürlich ist das nicht in Ordnung, dass sich die Bundesländer die Brosamen herauspicken und dabei eigentlich ihre eigenen Leute schädigen, nämlich jene, die diese Leistung wirklich brauchen. Das sind arme Menschen, ganz egal, welche Hautfarbe sie haben. Die Hauptsache ist aber, dass sie in diesem Land leben, und wenn sie nichts anderes haben, dann sollten sie selbstverständlich einen Anspruch auf Mindestsicherung erhalten, und zwar nach den gleichen Grundsätzen, die für alle gelten. *(Beifall bei Grünen und SPÖ.)*

Ich möchte natürlich auch, dass ein Flüchtling – so wie jeder andere arme Mensch auch – in erster Linie eine Arbeit und nicht eine Mindestsicherung erhält. Wenn wir das nicht schaffen, dann ist es die Aufgabe der Politik und natürlich auch der Wirtschaft – diese kann sich nicht aus der Verantwortung ziehen –, dass wir das herstellen. Wenn Sie aber der Meinung sind, dass wir das nicht schaffen oder nicht wollen, dann müssen Sie es sagen. Aber wenn Sie es nicht sagen und trotzdem der Meinung sind *(Abg. Peter Wurm: Wir wollen das nicht! Wir schaffen das nicht!)*, dass wir alle Anspruch auf eine bestimmte Leistung haben, wenn wir arm sind, dann steht jedem und jeder die Mindestsicherung zu – aus, Ende der Debatte. Das sollte eigentlich so sein. *(Beifall bei den Grünen.)*

Die Mindestsicherung und jede andere Sozialleistung sollte für jeden im Land gleich sein. Jeder, egal, ob Inländer und Inländerin oder Ausländer und Ausländerin, Flüchtling und so weiter, sollte gleichgestellt sein. Was wir in den letzten Wochen und Monaten an Debatten erlebt haben, ist aber genau das Umgekehrte: Probieren wir es doch, die Mindestsicherung für Flüchtlinge zu kürzen.

Dabei geht es ja auch um die Vorschläge, die Kollege Wöginger genannt hat. Reden wir doch ganz sauber, Herr Kollege Wöginger! Ich habe im Ausschuss auch einen Vorschlag gebracht. *(Zwischenruf des Abg. Wöginger.)* Legen wir die Sachen auf den Tisch: Was braucht eine Familie – sofern es sie gibt – mit vier, fünf oder sechs Kindern zum Leben, unabhängig davon, ob es sich um eine Flüchtlingsfamilie oder um eine sogenannte inländische Familie handelt? Was braucht sie? *(Abg. Lugar: Das ist nicht unabhängig!)* Sprechen wir darüber und nicht über Limitierungen, die mit fehlendem Geld begründet werden! *(Zwischenruf des Abg. Wöginger.)*

Das ist ein anderer Ansatz, Herr Kollege Wöginger. Es geht nicht, dass man das mit 1 500 € begrenzt und nicht hinschaut, was das bedeutet – auch von den rechtlichen Grundlagen her, weil das selbstverständlich gegen das Verfassungsrecht verstößt. (*Abg. Wöginger: Und wo hat der Arbeitnehmer die rechtlichen Grundlagen?*) – Ich sage Herrn Kollegen Wöginger nur den einen Satz des Landeshauptmanns Pröll. Dieser ist nämlich auch gefragt worden: ...

**Präsidentin Doris Bures:** Herr Abgeordneter, Sie müssen nun zum Schlusssatz kommen!

**Abgeordneter Karl Öllinger** (*fortsetzend*): Was könnte man tun, um die Differenz zwischen Arbeits- und Sozialeinkommen zu verhindern? Darauf antwortet Pröll, dass die Erhöhung der Mindestlöhne nicht unbedingt notwendig ist. Genau das ist das Entlarvende, finde ich. (*Beifall bei Grünen und SPÖ.*)

15.34

**Präsidentin Doris Bures:** Als Nächster gelangt Herr Abgeordneter Mag. Loacker zu Wort. – Bitte.